

Änderungsanträge Rechtsanwalt Dirk Schmitz M.A.:

Es wird beantragt, folgende Satzungsänderungen zu beschließen:

Alle Anträge zu den jeweiligen §§ sind als Einzelanträge gestellt, so dass über jeden Änderungsantrag einzeln abzustimmen ist.

Begründung erfolgt mündlich auf dem Parteitag.

§ 2 – Gliederung Absatz 1 (neu)

Der Landesverband hat durch Beschluss des Landesvorstands nachgeordnete Gebietsverbände zu gründen, wenn die hierfür notwendigen Voraussetzungen vorliegen.

§ 2 – Gliederung Absatz 3 ist ersatzlos zu streichen.

§ 3 – Mitgliedschaft Absatz 2 (neu)

Die Mitglieder des Landesverbandes werden vom Landesverband verwaltet. Diese Aufgabe ist an nachgeordnete Gebietsverbände zu delegieren, wenn auf dieser Ebene ausreichende organisatorische Voraussetzungen hierzu vorliegen. In einem solchen Falle ist der Landesverband unverzüglich über personenbezogene Änderungen aller Art zu informieren.

§ 6 – Der Landesvorstand

wird wie folgt gefasst:

Absatz 1 (neu):

Der Landesvorstand besteht aus mindestens drei Sprechern, drei Stellvertretern, dem Schatzmeister, dem Schriftführer sowie mindestens 24 Beisitzern. Über die Anzahl der Sprecher, Stellvertreter und Beisitzer entscheidet der Landesparteitag mit einfacher Mehrheit unmittelbar vor der Wahl des Landesvorstands.

Absatz 2 (eingefügt – bislang nicht besetzt)

Der Landesvorstand gibt sich eine zu veröffentlichende Geschäftsordnung, in der wesentliche organisatorische, politische und sonstige Aufgaben auf die Landesvorstandsmitglieder verteilt werden.

Absatz 3 wird wie folgt ergänzt:

Die Einladung kann mit dem Zusatz ausgesprochen werden, dass unabhängig von der Mindestteilnehmerzahl des Absatzes 4 noch am gleichen Tage nach Feststellung der Beschlussunfähigkeit noch am gleichen Tage eine Landesvorstandssitzung mit gleicher Tagesordnung stattfindet, die auf jeden Fall beschlussfähig ist.

Absatz 4 (neu):

Der Landesvorstand beschließt über alle organisatorischen und politischen Fragen, die das gesamte Bundesland betreffen, im Sinne der Beschlüsse des Landesparteitages. Beschlüsse gelten, soweit nicht anders geregelt, mit einfacher Mehrheit, und wenn mindestens 50 Prozent der Mitglieder des Landesvorstandes anwesend sind bzw. fernmündlich teilnehmen. Sitzungen können sowohl unter Anwesenden oder per Telefon-, Internet- oder Videokonferenz stattfinden als auch in kombinierter Form (Anwesende und Zuschaltung nicht anwesender Landesvorstandsmitglieder). Bei Stimmengleichheit gelten die Beschlüsse als abgelehnt.

Absatz 7 wird um folgenden Zusatz erweitert:

Der Landesvorstand beschließt über die Gründung von neuen Gebietsverbänden auf Kreis- oder Bezirksebene.

Die Gründung hat zu erfolgen, wenn auf einer Mitgliederversammlung auf Ebene der jeweiligen Gebietskörperschaft mehr als die Hälfte der Anwesenden die Gründung eines Kreis- oder Bezirksverbandes beschließen. Sofern es um die Gründung eines Bezirksverbandes geht, ist die Zustimmung von dreiviertel der dazugehörigen Kreisverbände notwendig oder ein Beschluss des Landesvorstandes. Ein Beauftragter des Landesvorstandes hat zu einer Mitgliederversammlung auf Kreisebene zeitnah und obligat einzuladen, wenn dies mehr als 20 Mitglieder oder 10 Prozent der Mitglieder auf der zu gründenden Kreisebene fordern.

Die Gründung von Stadt- oder Gemeindeverbänden hat zu erfolgen, wenn auf einer Mitgliederversammlung auf Ebene der jeweiligen Gebietskörperschaft mehr als die Hälfte der Anwesenden die Gründung eines Stadt- oder Gemeindeverbandes beschließen. Ein Beauftragter des Kreisvorstandes hat zu einer Mitgliederversammlung auf Stadt- oder Gemeindeebene auf jeden Fall zeitnah und obligat einzuladen, wenn dies mehr als 10 Mitglieder oder 10 Prozent der Mitglieder auf der zu gründenden Stadt- oder Gemeindeebene fordern.

§ 7 Mitgliederbefragungen (neu)

Mitgliederbefragungen sind auf der Ebene des Landesverbandes oder der Kreisverbände in Sach- und Personalfragen zulässig. Sie sind durchzuführen, wenn sie von einem Drittel der jeweils nachgeordneten Gebietsverbände beantragt wird und der diesen Gebietsverbänden übergeordnete Vorstand die Durchführung mit der absoluten Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder beschließt. Mitgliederbefragungen sind durchzuführen, wenn 10 Prozent der Mitglieder auf der Ebene der jeweiligen Gebietskörperschaft dies fordert oder eine Mitgliederversammlung auf Ebene der jeweiligen Gebietskörperschaft dies fordert. Das nähere regelt eine hierzu zu erlassende Befragungs-Geschäftsordnung durch den Landesvorstand, die durch den Landesparteitag zu genehmigen ist.

§ 8 Vereinigungen (neu)

In der AfD können auf Landes-, Bezirks-, Kreis, Stadt- und Gemeindeebene Vereinigungen gegründet werden. Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse

mit dem Ziel, das Gedankengut der AfD in ihren Wirkungskreisen zu vertreten und zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der AfD zu wahren. Hierzu gehören insbesondere Jugend- oder Hochschulgruppen sowie Vereinigungen auf Ebene der Wirtschaft oder besonderer sozialer Gruppen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben können die Vereinigungen an die Vorstände der jeweils zuständigen Gebietsverbände Anträge stellen. Sie sollen zu den Vorstandssitzungen der jeweiligen Ebene eingeladen werden, um den Informations- und Kommunikationsprozess und die politische Willensbildung sicherzustellen.

Die Gliederung der Vereinigungen soll denen der Partei entsprechen. Sie geben sich eine eigene Satzung, die der Genehmigung durch den Landesvorstand bedarf. Sind Funktionsträger der Vereinigungen in Gremien der CDU Mitglied kraft Amtes, so bedarf es zur Wahrnehmung dieser Gremienzugehörigkeit einer Mitgliedschaft in der AfD.

§ 9 Fachausschüsse und Arbeitskreise (neu)

Die jeweils zuständigen Vorstandsgremien können zu ihrer fachlichen Beratung und Unterstützung Fachausschüsse einsetzen. Die Amtszeit der Fachausschüsse wird von dem zuständigen Vorstandsgremium festgesetzt. Das Nähere, insbesondere Zusammensetzung und Arbeitsweise der Fachausschüsse, regelt eine Geschäftsordnung für die Fachausschüsse die vom jeweils zuständigen Vorstandsgremium beschlossen wird und zur Genehmigung der jeweiligen Mitgliederversammlung bzw. dem Landesparteitag zur Genehmigung vorgelegt wird.

Dirk Schmitz M.A.
21.4.13